

Tagung des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut»

Zugang zu Wasser – ein Menschenrecht

In Hinblick auf den Weltwassertag vom 22. März organisierte Alliance Sud am 16. März 2007 die Tagung des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut» zum Thema «Zugang zu Wasser – ein Menschenrecht». Der Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von schweizerischen Hilfswerken, Umwelt-, KonsumentInnenorganisationen, Gewerkschaften, des Schweizerischen Bauernverbandes und des Kantons Jura.¹ Er setzt sich für den Schutz des Wassers als öffentliches Gut und für eine internationale Wasserkonvention ein. An der Tagung referierten und diskutierten VertreterInnen von Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und der Wirtschaft über die Zukunft des Menschenrechts auf Wasser. Nachfolgend dokumentieren wir die gehaltenen Referate in Originalsprache.

«Zugang zu Wasser ist ein fundamentales Menschenrecht», schreibt die UNO-Entwicklungsbehörde UNDP in ihrem neuesten Bericht über die menschliche Entwicklung. Trotzdem haben 1.2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu ausreichendem, sauberem und erschwinglichem Wasser für den täglichen Bedarf. Ohne Gegenmassnahmen steigt diese Zahl bis 2015 auf einen Drittel der Menschheit an. Jedes Jahr sterben 1.8 Millionen Kinder an den Folgen von Durchfall und anderen Krankheiten, die durch unsauberes Wasser verursacht werden. Die globale Wasserkrise fordert weit mehr Opfer als Kriege. Sie ist Folge von Armut, ungleichen Machtverhältnissen und Rechtlosigkeit und wird zur Ursache von Spannungen und Konflikten.

Das Recht auf Wasser hat in den letzten Jahren zunehmend internationale Aufmerksamkeit erfahren, initiiert und eingefordert von Nichtregierungsorganisationen in Nord und Süd. Die Menschenrechtsgremien der UNO beschäftigen sich vermehrt mit der Thematik. So hat der neu gegründete Menschen-

rechtsrat in Genf auf Initiative von Deutschland und Spanien im November 2006 eine Resolution verabschiedet, die vom Hochkommissariat für Menschenrechte einen Bericht über den Zugang zu Wasser als Menschenrecht verlangt.

Verschiedene Regierungen, aber auch Teile der Wirtschaft, stehen dem Recht auf Wasser skeptisch bis ablehnend gegenüber. Welches sind ihre Argumente? Welche Haltung nimmt die Schweiz ein? Was sind die Forderungen und Erwartungen der Zivilgesellschaft und der NGOs? Was ist zu tun, damit die Menschen ihr Recht einfordern können? Über diese Fragen diskutierten an der Tagung Menschenrechts- und Wasserfachleute von Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft und Regierungen.

Im vorliegenden GLOBAL*-dokument finden sich die Tagungsbeiträge in Originalsprache. Nicht dokumentiert ist das Podiumsgespräch mit den ReferentInnen, das von Martin Läubli, Wissenschaftsredaktor des «Tages-Anzeigers», moderiert wurde.

Rosmarie Bär

Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Rosmarie Bär, Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut», Koordinatorin für Entwicklungspolitik bei Alliance Sud, Bern	
Das Recht auf Wasser im Kontext der Uno	6
Martin Huth, Stellvertretender Referatsleiter, Arbeitsstab Menschenrechte beim Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Berlin	
The creation of a global water cartel	10
Maude Barlow, Chairperson of the Council of Canadians, co-founder of the «Blue Planet Project», co-author of the book «Blue Gold. The Fight to Stop Corporate Theft of the World's Water», and winner of the Alternative Nobel Prize, Ottawa	
Die Sicht der Wirtschaft	13
Jürg Gerber, Chief Operating Officer des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD), Steering-Committee-Mitglied der Wasser-Initiative des Weltwirtschaftsforums WEF, Genf	
Privatization and the right to water: a view from the South	17
Rodrigo Gutiérrez Rivas, Human rights expert, Researcher at the Legal Research Institute of the UNAM (National University), member of Espacio DESC and the Coalition of Mexican Organizations for the Right to Water (COMDA), Mexico, D.F.	
Das Engagement und die Position der Schweiz zum Recht auf Wasser	21
Wolfgang Amadeus Brühlhart, Chef der Sektion Menschenrechtspolitik, Politische Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bern	

1 Folgende Organisationen und Institutionen sind im Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut» vertreten: Alliance Sud, Amnesty International (Beobachterin), Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Associazione consumatrici della Svizzera italiana, Attac Schweiz, Attac Biel, ChristNet, Greenpeace Schweiz, Helvetas, Kanton Jura (Amt für Wasser und Naturschutz), Schweizerischer Bauernverband, Schweizerische Greina-Stiftung, VPOD. Bei der Tagungsvorbereitung mitgewirkt haben ausserdem der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) und das ökumenische Wassernetzwerk.

Einführung

Rosmarie Bär, Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut», Koordinatorin für Entwicklungspolitik bei Alliance Sud, Bern

Ich begrüsse Sie im Namen des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut» sehr herzlich zu unserer Tagung «Zugang zu Wasser – ein Menschenrecht».

Ich freue mich, dass so viele teilnehmen, an einem Freitag – der bekanntlich nicht gerade ein beliebter Tag für Veranstaltungen ist. Speziell begrüsse ich unsere Referentin und unsere Referenten, die mit ihrer Zusage unsere Tagung erst möglich machen. Ganz besonderer Dank gilt Herrn Martin Huth, der an Stelle von Jochen von Bernstorff da ist. Herr von Bernstorff wurde zwischen der Drucklegung des Programms und heute an das Max Planck Institut für Völkerrecht berufen und wird sich aus dieser Perspektive weiterhin mit den Menschenrechten befassen. Herr Huth ist Jurist und stellvertretender Leiter des Arbeitsstabes Menschenrechte im Auswärtigen Amt in Berlin. Er ist somit bester Kenner der Materie; im Moment nimmt er als Mitglied der deutschen Delegation an der Session des UNO-Menschenrechtsrates in Genf teil. Der Lorbeerkranz des Dankes geht an Herrn Jürg Gerber. Er hat sich ganz kurzfristig bereit erklärt, als Referent an unserer Tagung teilzunehmen. Herr Carlo Donati, der Vertreter von Nestlé, hat nämlich Ende letzter Woche per Brief seine Teilnahme zurückgezogen. Herr Gerber ist Chief Operating Officer beim World Business Council for Sustainable Development in Genf und Co-Chair der Wasser-Initiative des Weltwirtschaftsforums WEF. Er hat jahrzehntelange Berufserfahrung in der Aluminiumindustrie, so bei Alcan. Kurz: ein fundierter Kenner unseres Tagungsthemas.

Wir haben heute also die Chance, mit prominenten Fachleuten eine der wichtigsten Aufgaben zu diskutieren, die uns in diesem Jahrhundert gestellt ist: Allen Menschen auf der Welt ausreichend sauberes und erschwingliches Wasser zur

Verfügung zu stellen. Oder wie es Kofi Annan kurz vor seinem Rücktritt als UNO-Generalsekretär nochmals eindringlich formuliert hat: «Die globale Wasserkrise ist zur grossen Herausforderung für die internationale Gemeinschaft geworden».

Oberstes erklärtes UNO-Millenniumsziel ist es, die Zahl der Menschen, die in grösster Armut leben, die Zahl der Hungernden und die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Wasser bis 2015 zu halbieren. Arm sein heisst u.a. auch arm sein an Wasser, heisst fehlender Zugang zu natürlichen Ressourcen. Mangel an politischem Einfluss und Entscheidungsmacht heisst auch Wassermangel. Kommt hinzu, dass Entwicklungsgelder am spärlichsten dorthin fliessen, wo das Wasser in Eimern herbeigeschleppt werden muss.

Der neueste UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung ist denn auch dem Thema Wasser gewidmet und ist betitelt mit: «Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise». Der Bericht hält fest, dass ohne die Erreichung des Wasser-Ziels auch die anderen Millenniumsziele nicht umgesetzt werden können. Um das Wasser-Ziel zu erreichen, braucht es nach Schätzungen des Berichts rund zehn Milliarden Dollar pro Jahr. Diese Summe ist geringer, als was die Welt in 5 Tagen für militärische Zwecke ausgibt. Sie entspricht noch nicht einmal ganz der Hälfte des Betrages, den Menschen in reichen Ländern jedes Jahr für Mineralwasser aufwenden.

Achim Steiner, der neue Direktor des UN-Umweltprogramms UNEP, hat sich in dieser Frage unmissverständlich geäussert: «Wenn wir uns nicht dort solidarisch engagieren, wo es zu wenig Wasser gibt, dann wird es in den nächsten Jahren zu Katastrophen kommen. Die Zahl der Wasserflüchtlinge wird zunehmen,

und ganze Bevölkerungsgruppen könnten vertrieben werden.» Steiner stellte vor einem Jahr am 4. Weltwasserforum in Mexiko City eine klare Forderung: Das Grundrecht auf Wasser muss gesetzlich fest geschrieben werden. Die Ministerkonferenz hat es allerdings abgelehnt, ein Menschenrecht auf Wasser in der Schlusserklärung des Forums anzuerkennen.

Gleichwohl: Zugang zu Wasser ist ein fundamentales Menschenrecht, daran ändert die Verweigerung der Ministerkonferenz in Mexiko City nichts. Seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 ist dieses Recht in verschiedenen UNO-Erklärungen und in völkerrechtlichen Verträgen direkt oder indirekt festgeschrieben. Trotzdem haben 1,2 Milliarden Menschen auf der Welt keinen Zugang zu genügend, zu sauberem und erschwinglichem Wasser. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO stirbt alle 12 Sekunden ein Mensch an Krankheiten, die auf den Mangel an sauberem Wasser zurück gehen. Hätten alle Menschen Zugang zu einwandfreiem Wasser, müssten nicht jährlich 1,8 Millionen Kinder an Durchfallerkrankungen sterben.

Das Thema Wasser war lange Zeit – zu lange – höchstens ein Randthema der Menschenrechtsdebatte. Das Recht auf Wasser ist erst in den letzten Jahren ins Rampenlicht gerückt – dies vor allem dank der internationalen NGO-Bewegung in Nord und Süd, die sich dafür stark macht. Wegweisend war dann der Allgemeine Kommentar Nr. 15 zum Recht auf Wasser, der Ende 2002 vom UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte des Wirtschafts- und Sozialrates ECOSOC verfasst wurde.¹ Er hält in der Einleitung fest: *«Wasser ist ein begrenzter Rohstoff und ein für Leben und Gesundheit wesentliches öffentliches Gut. Das Menschenrecht auf Wasser ist unumgänglich, wenn Menschen in Würde leben wollen. Es ist eine Vorbedingung für die Verwirklichung anderer Menschenrechte.»*

«Um wirklich Bedeutung zu erlangen, muss dieses Menschenrecht einen Rechtsanspruch auf eine sichere, verfügbare und bezahlbare Wasserversorgung mit sich bringen», steht im UNDP-Bericht.

Das ist eine entscheidende Feststellung.

Denn Menschenrechte durchsetzen, heisst Bittstellende zu Berechtigten machen, heisst Wohltätigkeit in Gerechtigkeit wandeln. Wasser soll nicht als Almosen tropfen, sondern als Recht fließen.

Unsere Tagung findet im Hinblick auf den Weltwassertag von nächstem Donnerstag statt. Die UNO-Generalversammlung erklärte 1992 in einer Resolution den 22. März zum Weltwassertag. Ausschlaggebend dafür war die Agenda 21 zur Nachhaltigen Entwicklung, die am Erdgipfel von Rio verabschiedet wurde. Im Kapitel zum Süßwasser (Kapitel 18) steht: «Zukunftsfähig ist nur eine gerechte und faire Verteilung des Wassers zwischen den verschiedenen Nutzergruppen, zwischen verschiedenen Staaten, zwischen Mensch und Natur.» Das heisst: Ohne Wasser für das Ökosystem,

«Menschenrechte durchsetzen, heisst Bittstellende zu Berechtigten machen, heisst Wohltätigkeit in Gerechtigkeit wandeln. Wasser soll nicht als Almosen tropfen, sondern als Recht fließen.»

für die Natur, ohne Schutz von Grundwasser und Quellen kann es kein Wasser für die Menschen geben. Und es heisst, Verteilungsgerechtigkeit ist präventive Friedenspolitik. Aber, eine Philosophie der Nachhaltigkeit reicht nicht, wir brauchen auch ein Recht der Nachhaltigkeit. Deshalb fordern wir seit längerem – zusammen mit dem NGO-Netzwerk «Friends of the Right to Water» eine internationale Wasserkonvention. Wasser braucht einen völkerrechtlichen Vertrag, der die Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechte vereinigt und das Wasser als gemeinsames Gut der Menschheit schützt. So wie das Klima durch die Klimakonvention geschützt wird. Eine internationale Wasserkonvention würde den Menschen in den einzelnen Ländern ein wichtiges Instrument in die Hände geben, um das Recht auf Wasser auf nationaler und lokaler Ebene einzufordern und demokratische Mitsprache und Mit-

1 ECOSOC, Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allgemeiner Kommentar No. 15, 2002 (E/C.12/2002/11): The right to water. <http://www.citizen.org/documents/ACF2B4B.pdf>

«Eine internationale Wasserkonvention würde den Menschen in den einzelnen Ländern ein wichtiges Instrument in die Hände geben, um das Recht auf Wasser auf nationaler und lokaler Ebene einzufordern und demokratische Mitsprache und Mitentscheidung in der Wasserpolitik zu erlangen.»

entscheidung in der Wasserpolitik zu erlangen.

Was ist zu tun, damit die Menschen in Zukunft ihr Recht einfordern können? Welche Lösungen bringt die Resolution, die der Menschenrechtsrat im November verabschiedet hat? Wo sind die Hinder-

nisse, wo die Widerstände gegen die Verwirklichung des Rechtes auf Wasser? Bedeutet ein Menschenrecht auf Wasser auch den ökologischen Schutz – Qualität und Quantität – unserer Lebensgrundlage? Verhindert Privatisierung von Wasserversorgungen und Quellen die Verwirklichung des Menschenrechtes? Verhindert Privatisierung die Verwirklichung des Menschenrechtes? Was erwarten die Zivilgesellschaft und die NGOs, welches ist ihr Beitrag bei der Lösung der Wasserkrise? Welchen Beitrag leistet die Schweiz zur Verwirklichung des Rechts auf Wasser?

Solche Fragen wollen wir heute diskutieren. Ich wünsche uns allen eine lebhaftige Debatte und daraus einige zukunftsweisende Antworten.

Das Recht auf Wasser im Kontext der Uno

**Martin Huth, Stellvertretender Referatsleiter, Arbeitsstab Menschenrechte
beim Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Berlin**

Als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland möchte ich mich bei Alliance Sud und beim schweizerischen Aussenministerium für die Organisation dieser Konferenz zu einem hochaktuellen Thema bedanken. Über die Möglichkeit, hier die Initiative Deutschlands und Spaniens zum Recht auf Wasser vorstellen zu können, freue ich mich sehr.

Zunächst möchte ich die Entstehung der Debatte um das Recht auf Wasser nachzeichnen, um dann die Initiative in diesen allgemeinen politischen Kontext einzuordnen. Anschliessend werde ich auf den Inhalt des Rechts auf Wasser zu sprechen kommen. Beenden werde ich das Referat mit einigen klarstellenden Äusserungen über die Grenzen des Menschenrechts auf Wasser.

Das Menschenrecht auf Wasser ist politisch in den 90er-Jahren durch eine hohe soziale Mobilisierung um das Thema Wasserversorgung in Lateinamerika entstanden. In Folge von Weltbankprojekten in verschiedenen lateinamerikanischen Metropolen kam es zu organisiertem sozialem Protest durch Bewohnerinnen und Bewohner sowie durch lokale und internationale NGOs. Es handelte sich ganz überwiegend um Privatisierungsprojekte, die von der Weltbank finanziert und mit grossen US-amerikanischen oder europäischen Investoren durchgeführt wurden.

Die politische Bewegung um das Thema Wasser wandte sich dabei gegen die sozialen Folgen dieser Privatisierungsprojekte, die von einem Teil der Betroffenen als ungerecht empfunden wurden. Ein «Recht» auf Wasser wird hier zum ersten Mal mit grossem Nachhall in den betroffenen politischen Öffentlichkeiten reklamiert. Es geht mir hier nicht um eine Bewertung dieser Weltbankprojekte, sie stehen – chronologisch gesehen – jedoch nach unserer Einschätzung am An-

fang einer weltweiten sozialen Mobilisierung um das Menschenrecht auf Wasser.

Diese Bewegung hat sich längst ausgeweitet und ist inzwischen ein globales politisches Phänomen. Die heutige Veranstaltung ist ein Beleg für diese These. Die weltweite politische Mobilisierung um das Menschenrecht auf Wasser ist ein Beispiel dafür, wie sich die emanzipatorische Kraft der Menschenrechts-Idee mit einer sozialen Bewegung verbindet und hierüber eine hohe politische Dynamik erzeugt.

«Die weltweite politische Mobilisierung um das Menschenrecht auf Wasser ist ein Beispiel dafür, wie sich die emanzipatorische Kraft der Menschenrechts-Idee mit einer sozialen Bewegung verbindet und hierüber eine hohe politische Dynamik erzeugt.»

Eine allgemeine menschenrechtspolitische Entwicklung hat ebenfalls dazu beigetragen, die Debatte um das Menschenrecht auf Wasser zu befördern. Wir erleben seit den 90er-Jahren eine beeindruckende Renaissance der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Diese Entwicklung ist auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen:

Auf der *normativen* Seite ist es die Wiener Menschenrechtserklärung von 1992, die das Ende der ideologischen Konfrontation um die sozialen Rechte markiert. Aber auch eine Reihe von weichenstellenden Allgemeinen Kommentaren des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, die so genannten WSK-Rechte, haben einen entscheidenden Beitrag zur Weiterentwicklung der Dogmatik dieser Menschenrechte geleistet.

«Die Wasserversorgung soll so organisiert und verwaltet werden, dass der diskriminierungs- freie Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Basisversorgung nachhaltig gesichert ist.»

Auf *politischer* Ebene ist es die Tatsache, dass die globale Zivilgesellschaft die WSK-Rechte allgemein als wirkungsvolles Instrument entdeckt hat, um Probleme der sozialen Marginalisierung und Diskriminierung sowie Armut- und Entwicklungsfragen zu thematisieren.

Wir sind froh, dass Deutschland zu dieser allgemeinen Entwicklung im Bereich der WSK-Rechte einen Beitrag leisten konnte. Zum einen durch unsere nachhaltige Unterstützung der Weiterentwicklung und Förderung von WSK-Rechten in allen UN-Foren und zum anderen durch die Deutsche Initiative zum Recht auf angemessene Unterbringung in der alten Menschenrechtskommission sowie durch unsere Rolle bei der Entwicklung und Annahme der Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung in der FAO im Jahr 2004.

Wie kam aber nun das Menschenrecht auf Wasser in die Vereinten Nationen? Wie Sie sicherlich wissen, taucht das Wort «Wasser» weder in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, noch im Pakt der Vereinten Nationen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auf. Den ersten Schritt auf internationaler Ebene machte – wie Frau Bär bereits erläutert hat – im Jahr 2002 der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf (Ecosoc). Er verabschiedete einen eigenen Allgemeinen Kommentar zum Recht auf Wasser.

Dieser Allgemeine Kommentar Nr. 15 verschafft dem postulierten Menschenrecht eine rechtliche Anerkennung auf der Expertenebene der Vereinten Nationen, ohne dass das Wort «Wasser» im Pakt auftaucht. Er leitet dieses Recht aus dem Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard aus Art. 11 und aus dem Recht auf Gesundheit aus Art. 12 des Sozialpakts ab. Dies bedeutet zwar noch keine Anerkennung durch

Staaten und auch keine Anerkennung durch die UNO als Gesamtorganisation – aber es stellt immerhin einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung dar.

Der Allgemeine Kommentar Nr. 15 ist ein exzellentes Dokument, indem er die politische Entwicklung aufnimmt und eine überzeugende Übersetzung in die Menschenrechts-Dogmatik anbietet. Es heisst dort: «*The human right to water entitles everyone to sufficient, safe, accessible and affordable water for personal and domestic uses.*»

Hierauf aufbauend haben Deutschland und Spanien im Jahre 2006 eine gemeinsame Initiative zur universalen Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser gestartet. An der dritten Sitzung des Uno-Menschenrechtsrates im November 2006 wurde als erster Schritt eine konsensuale Entscheidung des Rates dahingehend herbeigeführt, dass das Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte beauftragt wird, eine Studie über den möglichen Umfang und den Inhalt des Rechts auf Wasser zu erstellen und darauf aufbauend menschenrechtspolitische Empfehlungen auszusprechen. Wir sind sehr froh, dass diese erste formale Entscheidung des Menschenrechtsrats zum Recht auf Wasser im Konsens aller beteiligten Staaten angenommen wurde.

Es ging hier darum, dem Büro der Hochkommissarin für Menschenrechte ein klares Mandat zu geben, sich stärker im Bereich des Rechts auf Wasser zu engagieren. Am Anfang der verbesserten Institutionalisierung soll also eine Bestandesaufnahme des rechtlichen Status quo durch die Studie stehen. Wie eine verbesserte institutionelle Verankerung am Ende aussehen kann, wird sich dann nach Veröffentlichung der Studie klarer darstellen. Denkbar wäre z.B. ein neuer Sondermechanismus zum Recht auf Wasser.

Das Büro der Hochkommissarin plant für den nächsten Monat eine Aufforderung an die UN-Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft, bei Interesse eigene Beiträge zur Studie zu leisten. Für den Herbst dieses Jahres ist der Abschluss und die Vorstellung der Studie durch die Hochkommissarin geplant.

Auch der kürzlich erschienene Weltentwicklungsbericht 2006 macht sich

die Forderung nach der Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser an prominenter erster Stelle zu eigen. Er fordert die Anerkennung und Umsetzung des Rechts auf Wasser durch alle Staaten. Es heisst dort: «*At the start of the 21st century the violation of the human right to clean water and sanitation is destroying human potential on an epic scale.*»

So viel zum äusseren Rahmen der Geschehnisse. Nun aber zum Inhalt des Rechts auf Wasser nach dem Allgemeinen Kommentar Nr. 15. Ich möchte zunächst den normativen Kern des Rechts auf Wasser und die wichtigsten Verpflichtungen darstellen, um abschliessend einige Klarstellungen vorzunehmen, die für uns im Blick auf die derzeitige Debatte um das Recht auf Wasser besonders wichtig erscheinen.

Das Recht auf Wasser berechtigt jedermann zu ausreichendem, ungefährlichem, sicherem, annehmbarem, physisch zugänglichem und erschwinglichem Wasser für den persönlichen und häuslichen Gebrauch. Der Zugang zu diesem Wasser ist diskriminierungsfrei zu gewährleisten. Dies bedeutet: Die Wasserversorgung muss jedem Menschen für den persönlichen und den häuslichen Gebrauch ausreichend und ständig zur Verfügung stehen. Es bedeutet darüber hinaus, dass das für jeden persönlichen oder häuslichen Gebrauch benötigte Wasser sicher sein muss, d.h. frei von Mikroorganismen, chemischen Substanzen und Strahlenrisiken, die für die menschliche Gesundheit eine Bedrohung darstellen. Schliesslich muss das Wasser «erreichbar» sein, d.h. Wasser und die Wasserversorgungseinrichtungen müssen innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des jeweiligen Vertragsstaates für jeden Menschen zugänglich sein (dies impliziert: sichere physische Reichweite, Erschwinglichkeit, Zugang für alle ohne Diskriminierung, Zugänglichkeit von Information über Wasserfragen).

Was folgt aus der Anerkennung des Rechts auf Wasser?

Das Recht auf Wasser bezieht sich zunächst auf den Zugang jeder Person zur existierenden Wasserversorgung und den Schutz vor erzwungener Unterbre-

chung der Versorgung. Das zur Verfügung stehende Wasser soll nicht verschmutzt sein. Jede Person hat zudem einen Anspruch auf ein funktionierendes Versorgungssystem. Die Wasserversorgung soll so organisiert und verwaltet werden, dass der diskriminierungsfreie Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Basisversorgung nachhaltig gesichert ist.

Das Recht auf Wasser impliziert zudem eine Reihe von *staatlichen Verpflichtungen*. Der Ausschuss anerkennt bei der Realisierung des Rechts auf Wasser ausdrücklich die Zwänge, die auf der Begrenztheit der verfügbaren Mittel beruhen. Er spricht in diesem Zusammenhang von «*available resources*». Bei den staatlichen Verpflichtungen unterscheidet der Ausschuss zwischen solchen, die von den Regierungen unmittelbar einzuhalten sind, und solchen, die dem Vorbehalt einer progressiven Realisierbarkeit unterliegen. Nach dem Kommentar ha-

«Staatliche Schutzpflichten zum Recht auf Wasser werden auch durch Privatisierung von Wasserver- und Entsorgungssystemen nicht aufgehoben. In diesen Fällen hat der Staat für eine angemessene gesetzliche und administrative Regulierung und Kontrolle zu sorgen.»

ben Staaten im Zusammenhang mit dem Recht auf Wasser Achtungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten.

Die *Achtungspflicht* verlangt von den Staaten, den bestehenden Zugang von Personen zu Wasser nicht durch eigene Massnahmen zu beeinträchtigen oder zu zerstören. Hierzu gehört gerade auch der Schutz der Infrastruktur in Krisenzeiten. Die Achtungspflicht verpflichtet die Staaten vor allem aber auch dazu, retrogressive Massnahmen zu unterlassen. Werden diese trotzdem ergriffen, liegt die Rechtfertigungspflicht beim Vertragsstaat. So sind Achtungspflichten zum Beispiel dann verletzt, wenn Bevölkerungsteile willkürlich von der Wasserversorgung ausgeschlossen werden, die Preise auf ein unerschwingliches Niveau angehoben werden oder Wasser unerlaubt verschmutzt wird.

«Das Recht auf Wasser führt nicht zu einem generellen Verbot, für die Wasserversorgung Gebühren zu erheben. Die Grenze ist vielmehr die Erschwinglichkeit.»

Staatliche Schutzpflichten verlangen, dass Vertragsstaaten Dritte daran hindern, den Genuss des Rechts auf Wasser in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen. Der Schutz erfordert in erster Linie eine angemessene Gesetzgebung – also zum Beispiel eine nationale Wasserstrategie oder einen nationalen Aktionsplan –, die Diskriminierungen vermeidet und insbesondere benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft schützt. Staatliche Schutzpflichten zum Recht auf Wasser werden auch durch Privatisierung von Wasserver- und Entsorgungssystemen nicht aufgehoben. In diesen Fällen hat der Staat für eine angemessene gesetzliche und administrative Regulierung und Kontrolle zu sorgen.

Die *Gewährleistungspflicht* beinhaltet die Verpflichtung, alle notwendigen Schritte zu unternehmen um sicherzustellen, dass erschwingliches Wasser für alle zur Verfügung steht. Dabei soll der Staat seine Politikmassnahmen so gestalten, dass unter Einsatz des «Maximums der verfügbaren Ressourcen» das bestmögliche Ergebnis erreicht wird. Im Kommentar werden verschiedene Aspekte staatlichen Handelns im Rahmen der Gewährleistungspflicht unterschieden.

Was folgt nicht aus der Anerkennung des Rechts auf Wasser?

Das Recht auf Wasser begründet kein neues Menschenrecht. Es fasst vielmehr bestehende Verpflichtungen mit hoher Relevanz für die Wasserversorgung unter einem neuen menschenrechtlichen Oberbegriff zusammen. Dadurch erhält die Verbindung zwischen Wasser und Menschenrechten höhere Visibilität und die internationale Staatengemeinschaft sowie die Uno-Institutionen können die Einhaltung der betroffenen menschenrechtlichen Verpflichtungen effektiver einfordern. Hinzuzufügen wäre, dass das Recht auf Wasser Elemente aus den verschiedenen Kategorien der Menschenrechte in sich vereint und ihm insoweit

eine bemerkenswerte Verklammerungsfunktion zukommt.

Das Menschenrecht auf Wasser begründet kein Kollektivrecht, sondern ist individualrechtlicher Natur.

Es beinhaltet nicht die Verpflichtung, dass der Staat allen Bürgerinnen und Bürgern sofort Wasser zur Verfügung stellt. Das Menschenrecht verpflichtet Staaten allerdings zu einer progressiven Realisierung unter Verwendung verfügbarer Ressourcen.

Die Gewährleistung von diskriminierungsfreiem Zugang bedeutet nicht, dass die Wasserversorgung in jedem Landesteil gleich sein muss. Ungünstigere geologische, klimatische oder technische Bedingungen können zu unterschiedlichen Formen der Wasserversorgung führen. Hier liegt ein sachlicher Grund für Ungleichbehandlung vor.

Das Recht auf Wasser führt auch nicht zu einem generellen Verbot, für die Wasserversorgung Gebühren zu erheben. Die Grenze ist vielmehr die Erschwinglichkeit.

Schliesslich beinhaltet das Recht auf Wasser kein Verbot der Privatisierung. Der Staat bleibt jedoch im Rahmen seiner Schutzpflichten für eine angemessene gesetzliche und administrative Regulierung und Kontrolle der privaten Wasserversorgung im Sinne der Verwirklichung des Rechts auf Wasser verantwortlich.

Das Menschenrecht auf Wasser bezieht sich nur auf Wasser für den persönlichen und häuslichen Gebrauch. Damit wird die Verwendung von Wasser zum Beispiel als Bewässerungswasser in der Landwirtschaft aus der Definition ausgeschlossen.

Deutschland wird gemeinsam mit Spanien die Initiative zur universalen Anerkennung des Rechts auf Wasser in den Vereinten Nationen voran treiben. Letztlich wird es darum gehen, Verletzungen zu verhindern und zu einer weltweiten Implementierung des Rechtes beizutragen. Dies kann nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren gehen. Hierzu leisten Veranstaltungen wie diese einen wichtigen Beitrag.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

The creation of a global water cartel

Maude Barlow, Chairperson of the Council of Canadians, co-founder of the «Blue Planet Project», co-author of the book «Blue Gold. The Fight to Stop Corporate Theft of the World's Water», and winner of the Alternative Nobel Prize, Ottawa

I want to start by thanking Rosmarie Bär and Alliance Sud because this is an extraordinarily important gathering. I bring you greetings from not only Canada but from the Global Social Justice Movement. We are a movement whose time has come and we are very determined to claim the right of water for people and nature all over the world.

I would like to begin by reminding us that we have two crisis when we are dealing with water. One of them is the human rights crisis, and the statistics are stunning and getting worse. But I want to remind us that we have an environmental or ecological crisis as well. It is not just a case of connecting people who don't have access to water now. At the rate at which we are going we simply don't have enough access to clean water for the whole world. We are polluting surface water so quickly that we are now mining groundwater faster than it can be replenished by nature. So we need concerted immediate action by Governments all over the world. It is as if a comet is coming at the world and all of a sudden all of the differences between us should not mean very much anymore.

But what is happening is that many Governments have ceded control over their water resources to the private sector, and what we are seeing is the creation of a global water cartel. Much as there is an energy cartel now so that every single drop of oil or gas is spoken for by a corporation before it comes out of the ground, so now we have the movement towards the global water cartel where all water is going to be privately owned. This cartel comes in many forms, one of course are the big service utilities, which are all over the global South but which there has been a tremendous resistance to. We also have the huge bottled water industry. Last year we put

200 billion litres of clean water in plastic bottles around the world. We are also moving to corporate control of clean-up technology from desalination, which is going to be nuclear powered in many cases, to nano technology, to recycled sewage water – all totally corporate controlled at the moment. And of course we have the virtual trade in water, which is where poor countries use their water to grow or produce things that rich countries don't want to use their water for. Like the fact that probably all of the roses here in Switzerland and Europe come from Lake Naivasha in Kenya.

So what we see is a corporate cartel and I would like to read you two paragraphs from my new book on the world water crisis because I want you to try to

«Many Governments have ceded control over their water resources to the private sector, and what we are seeing is the creation of a global water cartel.»

imagine what I see as I write this book: «Imagine a world in 20 years in which no substantive progress has been made to provide basic waste water services to the Third World. A plausible scenario given the current complete lack of commitment to source protection by either the United Nations or the World Bank, or to force industry and industrial agriculture production to stop polluting water systems, which is simply the extension of most Government's current policy. Or to curb the mass movement of water by pipeline, tanker and other diversions which will have created huge swaths of new desert – also plausible since water diversion is moving ahead in many parts of the world with the blessing of both Governments

and the World Bank. Desalination plants will ring the world's oceans, many of them run by nuclear power. Corporate controlled nano technology will clean up sewage water and sell it to private utilities who will sell it back to those who can buy it for huge profit. The rich will drink only bottled water found in the few re-

«I am not saying there is no place for the private sector in the delivery or the clean-up of water. I am saying this needs total and complete public control through elected Governments.»

mote parts of the world left or rain will be sucked from the clouds by corporate controlled machines while the poor will die in increasing numbers.»

This is not science fiction. I am telling you here – this is where we are going unless we change direction. I am not saying there is no place for the private sector in the delivery or the clean-up of water. I am saying this needs total and complete public control through elected Governments. And there are three reasons we must not allow a corporate cartel for water.

The first is that there would be no incentive to clean up or to protect source water because there will be so much money to be made in the clean-up technology. Here, I want to remind us that environmental services are already protected in the World Trade Organization. This is a huge booming industry.

Secondly, in a corporately controlled world, water will only be available to those who can buy it. Not to those who need it. And already we are seeing where those water services are going. We have recent studies that tell us that the big water corporations actually make decisions around where the World Bank will fund water projects.

And thirdly of course is the question about who will buy water for nature. If nature is not protected because water is not seen as sacred, water will be and I would even argue, is now being plun-

dered from nature. If water is seen as a commodity then nature will be seen as a commodity. And we are already seeing the mass theft of water from nature to either have massive irrigation of deserts to grow crops that should not grow there, thus creating two deserts, or mass movement of water from nature, wilderness or world communities – in many places indigenous communities – to provide water for cities. And in many of those cities, the waste water is not treated. So we take clean water from nature and we destroy it. This has been allowed to be controlled by corporations because there has been no protection in our laws or international institutions until General Comment No. 15 which basically states that water is a fundamental human right and not a commodity like running shoes or Coca-Cola.

So we are building a movement towards a human rights convention. We want a full convention at the United Nations that would set the stage for nation state constitutional amendments and the believe that water is a fundamental human right. We don't believe that water should be put on the open market to be sold to the highest bidder for profit. I know now after just doing some recent research that water is at the moment the hottest stock option. There are dozens of water indexes, portfolios and funds. It is simply the hottest thing to be subscribing to and investing in because the world is running out of clean water and we have allowed this cartel to be created.

I believe very deeply that if we were to declare as a human community that water was not a commodity like Coca-Cola but a fundamental human right, we would start to reverse this situation and water would go to those who need it as well as to the wealthy who can buy it.

Would a convention on water solve the world's water crisis? Of course not. But it would set the framework of water as a social and cultural aspect and not just as an economic commodity. As well it would establish the indispensable legal groundwork for a just system of distribution. A convention on the right to water would serve as the common coherent body of rules for all nations and cla-

rify that it is the role of the state to provide clean affordable water to all of its citizens. Such a convention would also safeguard already accepted human rights and environmental principles in other conventions that are broken because we don't have this safeguard for water.

A convention on water would set principles and priorities for water use in a world destroying its water heritage. The convention that we envisage would include language to protect water rights for the earth and other species and would address the urgent need for the reclamation of polluted waters and an end to practices that are destructive of the world's water sources.

Finally, I want to say that the only way that we can have a water-secure future is based on the twin principles of conservation on one hand and water justice on the other. No corporation can operate competitively on those two principles, even if they are the most honest corporations in the world. Only governments, only the public, through the notion that water is a fundamental human right and a right of nature, can assert these principles.

I see two possible futures for us around water. Unfortunately, the one I think we are moving to is the first, and that is the time when water is becoming more and more of a conflict between rich and poor, between countries, between

world communities and the big cities that need it, between indigenous communities and non indigenous communities. I see a conflict coming to the extent perhaps of war. And I look at China, which has decided to deal with its water crisis by helping itself to Tibet's water. China is going to build a massive pipe-

«There are dozens of water indexes, portfolios and funds. It is simply the hottest thing to be subscribing to and investing in because the world is running out of clean water and we have allowed this cartel to be created.»

line from the glaciers in Tibet, which feed all of the rivers of Asia, and I see great conflict coming as this takes place. Alternatively, and this is the dream that we have and this is why we need to change the language around water from a commodity to a human right – alternatively, it is a dream of mine and our movement that water could become nature's gift to humanity to teach us how to live in peace with one another and in harmony with the earth that we have been given. And we have to pledge today and pledge to each other that this is the heritage that we will chose.

Thank you very much.

Die Sicht der Wirtschaft

Jürg Gerber, Chief Operating Officer des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD), Steering-Committee-Mitglied der Wasser-Initiative des Weltwirtschaftsforums WEF, Genf

Wasser ist wahrscheinlich das seriöseste Problem der Gegenwart. Wasser ist eines der kompliziertesten Themen und anspruchsvoller als der intensiv diskutierte Klimawandel, weil der hydrologische Zyklus der bestimmende und wichtigste Teil des Gesamtsystems ist.

Das World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) ist eine Organisation mit 190 multinationalen Mitgliedfirmen, die in sehr vielen Ländern tätig sind und sich zum Thema der Nachhaltigkeit bekennen. Ich bin von Alcan dem WBCSD für zwei Jahre in der Rolle als COO ‚ausgeliehen‘ worden.

Die Herstellung von Aluminium ist kein wasserintensiver Prozess. Wasser, auch Meerwasser, wird vor allem für Kühlprozesse während der Metallherstellung benötigt. Die Hälfte der Strom-

im Endeffekt eine lokale Grösse, daher müssen wirksame Massnahmen lokal greifen können. Andererseits sind globale Vereinbarungen notwendig wie zum Beispiel die Menschenrechtserklärung für einen garantierten Zugang zu einer Mindestmenge an sauberem Trinkwasser. Allerdings sollte nicht nur die Versorgung, sondern auch die Entsorgung mit berücksichtigt werden. Ohne zweckmässige Einrichtungen sind es oft die Abwässer, die zu Verunreinigungen an Oberflächen- und Grundwasser führen.

Diese Tatsache gilt entsprechend auch für die Wirtschaft und ihre Einrichtungen. Die Wirtschaft ist ein Teil der Gesellschaft und deshalb sind auch sehr viele Firmen – nicht nur die traditionellen Wasserversorger mit ihrer langen Geschichte – sehr aktiv und engagiert bei der Umsetzung von Lösungen zu besserem und effizienterem Wassermanagement. Für viele Firmen ist in der Zwischenzeit klar, dass verstanden werden muss, wie und wo eine Wasserabhängigkeit besteht, und dies nicht nur an den Produktionsstandorten. Wasser kostet oft nur wenig, es erscheint nicht in der ‚bottom line‘ und ist für das Ergebnis meist nicht sichtbar oder verantwortlich. Darum laden wir über die langjährigen Projekte beim World Business Council und beim World Economic Forum Firmen ein, sich die Abhängigkeiten von Wasser und die damit verbundenen Risiken und möglichen Lösungen zu überlegen und umzusetzen.

Zentral sind die Fragen um die Wasserqualität. Das wurde heute schon mehrmals erwähnt und kann nicht deutlich genug gesagt werden. Wasser muss gemessen und analysiert werden, um es effizient zu verwenden und um Anforderungen ohne Risiko erfüllen zu können. Es ist zu überlegen, welche Qualität wo gebraucht wird – auf der Input- wie auf

«Der Grund, weshalb wir uns zum Thema Wasser engagieren, ist die Einsicht, dass auch unsere Branche ohne Wasser nicht funktioniert. Das hat nicht in erster Linie etwas mit der Quantität zu tun, sondern mit dem ‚mindset‘, mit der Denkweise und der Einstellung.»

produktion basiert auf Wasserkraft als erneuerbarer Energie. Der Grund, weshalb wir uns zum Thema Wasser engagieren, ist die Einsicht, dass auch unsere Branche ohne Wasser nicht funktioniert. Das hat nicht in erster Linie etwas mit der Quantität zu tun, sondern mit dem ‚mindset‘, mit der Denkweise und der Einstellung.

Die Wasserknappheit ist in vielen Regionen ernsthaft, die Wirkungen werden spürbarer und sind durch immer besseres Datenmaterial bestätigt. Wasser ist

der Output-Seite. Wasserknappheit entsteht aus dem qualitativen und quantitativen Zusammenspiel von Verfügbarkeit und Bedarf. Für diese Abklärungen sind nicht in erster Linie die nationalen Grenzen massgebend, sondern die Grenzen der Ökosysteme, die Wassereinzugsgebiete; diese liefern die ökologischen Leistungen.

Deshalb sollten wir etwas breiter denken. Konventionen als Beispiel sind sicher in Ordnung und haben Wirkung – es gibt heute bereits 500 multilaterale Umwelterklärungen. Sie wissen, dass es manchmal 10 bis 20 Jahre dauert, bis Konventionen verhandelt sind, von Umsetzung noch keine Rede. Ist eine Konvention für Wasser daher eine gute Idee, oder sollte man sich aufgrund der Dringlichkeit andere Möglichkeiten überlegen? Führt ein Weg über bessere Zusammenarbeit von Betroffenen?

Berechnungen zeigen, dass es auf dem Globus insgesamt etwa 35 Millionen Kubikmeter Frischwasser gibt. Das sind 2,5 % der gesamten Wassermasse. Diese 2,5 % sind zum Teil in Gletschern gebunden, 30 % in Grundwasser – ganz wichtig, auch wegen der Qualität. Sehr viele Grundwasserträger sind heute übernutzt, oft versalzt und verunreinigt. Etwa 0,8 % des Frischwassers ist in Permafrost gebunden und nur etwa 0,4 % machen die Oberflächengewässer aus.

Es gibt neuere Informationen über Flusssysteme wie den ‚water scarcity index by basin‘ und andere, vor allem von der FAO, der WHO, der Unesco oder von Universitäten. Weltweit gibt es 261 Wassereinzugsgebiete, die von zwei oder mehr Ländern geteilt werden. Die Wassereinzugsgebiete sind nicht automatisch in *einem* Land, es gibt sehr viele «künstliche» Schnittstellen. Wenn zusätzlich jedes Land eine andere Governance-Struktur hat – z.B. Zentralasien mit all den nicht-kompatiblen politischen, ethischen und ökologischen Grenzen –, dann wird der immense Koordinationsaufwand sichtbar. Wasser wird in jedem Land unterschiedlich und von oft mehreren Ministerien verwaltet. Im weiteren – und das ist eine Schätzung – leben etwa 40 % der Weltbevölkerung innerhalb von Wassereinzugsgebieten oder Flusssystemen. 60 % leben ausserhalb, d.h. dieser

«Es geht also nicht um Nord–Süd oder um Gut oder Schlecht. Es ist unabdingbar, bei der Installation von Systemen auch an Betrieb und Unterhalt und den dazu notwendigen Aufwand zu denken und Vorkehrungen zu treffen.»

Anteil der Bevölkerung hat per se keinen einfachen Zugang zu Wasser, vor allem wenn auch Regenwasser fehlt oder nicht genutzt wird.

Eine andere Frage ist, ob der Wasserverbrauch mit dem Einkommen oder mit der Wirtschaftskraft eines Landes zusammenhängt. Es gibt die berühmte Zahl, dass global 70 % des Frischwassers für die Landwirtschaft genutzt wird, 20 % für die Industrie und der Rest für andere Zwecke. Es gibt grosse Schwankungen zwischen entwickelten und wenig entwickelten Gebieten. Diese lassen sich mit der Wirtschaftsstruktur, Handel, unterschiedlichen Nutzern und unterschiedlicher Effizienz begründen. Man fragt sich dann: Welches ist das beste System in welchem Gebiet der Welt? Damit beschäftigen wir uns intensiv, auch über das World Economic Forum mit Beispielen und Unterstützung von Private-Public Partnerships.

Ein wirkungsvoller Weg führt über die Vermeidung von offenen Systemen hin zu möglichst geschlossenen Kreisläufen. Auch in der Schweiz hat man gelernt. Mit den früheren offenen Systemen wurden Abwässer irgendwo neben dem Haus in den Untergrund gelassen, Abfälle ungeschützt auf Deponien gebracht usw., und das nicht in schlechter Absicht. Man war sich der Konsequenzen nicht bewusst, weil der Mensch nicht in der Lage war, die Tragweite seines Tuns zu erkennen. Leider existiert dieses System heute vielerorts immer noch, trotz Wissens- und Technologietransfer.

Ich bin überzeugt, dass sich solche Verhältnisse gemeinsam mit verantwortlichen Partnern über Ausbildung, Kapazitätsbildung usw. schneller verbessern lassen.

Zwei Beispiele aus Ghana und Kame-
run zeigen die Schwierigkeit, die alarmierende Ausgangslage zu erkennen, zu strukturieren und festzulegen, wer für

was und wem gegenüber verantwortlich ist und wer welche Beiträge zur Verbesserung des Wassermanagements leisten kann.

Damit ist nicht gesagt, dass in der industrialisierten Welt alles besser ist, nur ist es hier vielleicht weniger sichtbar. Wenn es im Boden undichte Wasserversorgungsleitungen gibt, verliert man Wasser, das teuer aufbereitet wurde. Wenn die Abwasserleitungen gebrochen sind, verunreinigen sie den Untergrund und wir haben im Prinzip die gleichen Effekte. Es geht also nicht um Nord-Süd oder um Gut oder Schlecht. Es ist unabdingbar, bei der Installation von Systemen auch an Betrieb und Unterhalt und den dazu notwendigen Aufwand zu denken und Vorkehrungen zu treffen.

Umweltmanagement ist vielerorts weit entwickelt, auch für die Industrie, mit Standards und Normen, welche welt-

«Es braucht nicht nur Menschenrechtsvereinbarungen, sondern auch technische Standards, mit Kriterien, die überall an lokale Gegebenheiten anpassbar und anwendbar sind. (...) Die Zusammenarbeit zwischen ‚private‘ und ‚public‘ oder ein Multistakeholder-Prozess ist für derartige Problemstellungen unabdingbar.»

weit anwend- und überprüfbar sind. Es braucht nicht nur Menschenrechtsvereinbarungen, sondern auch technische Standards, mit Kriterien, die überall an lokale Gegebenheiten anpassbar und anwendbar sind. Grosse Teile der Wirtschaft und viele Regierungen haben sehr viel Erfahrung, wie man solche Systeme managen kann. Die Schweiz ist sicher ein Beispiel, das man noch viel mehr nutzen sollte, ob es die Industrie ist oder die Art und Weise, wie man eine Gemeinde versorgt. Die Zusammenarbeit zwischen ‚private‘ und ‚public‘ oder ein Multistakeholder-Prozess ist für derartige Problemstellungen unabdingbar.

Wasser ist beim WBCSD und beim WEF seit vielen Jahren ein Thema. Anfänglich wurden von den unterschiedlichsten Quellen ‚Facts‘ gesammelt und

konsolidiert, anschliessend Firmenbeispiele analysiert und so genannte ‚collaborative actions‘ beschrieben. Dieser Schritt war insofern relevant als zwischen verschiedenen Industriesektoren überhaupt über das Thema Wasser gesprochen wurde, denn dazu gibt es keine offensichtliche Business-Notwendigkeit. Es braucht die Überzeugung der obersten Verantwortlichen, dass Wasser ein relevantes, übergreifendes Thema ist. Es wird versucht, gemeinsame Nenner zu finden und mit diesem Input robustere Strategien zu entwickeln. In einer späteren Phase hat man sich beim WEF auf Private-Public Partnerships als wichtiges ‚Tool‘ konzentriert, und beim WBCSD wurden drei Szenarien ins Jahr 2025 entwickelt. Diese Wasser-Szenarien sind eine Einladung an Firmen sich zu überlegen, welches ihr ‚Water footprint‘ ist, nicht nur für die Fabrikationsprozesse, sondern auch die Produkte entlang des ganzen Lebenszyklus, und welches die kritischen Abhängigkeiten an den verschiedenen Standorten sind. Die Szenarien sind auch eine Einladung, sich kritische Fragen zu Effizienz (Innovation), Sicherheit (License to operate) und Abhängigkeit (Gesamtsystem) zu stellen. Um nachhaltigere Lösungen zu finden, sollte viel mehr in Lebenszyklen von Gütern, Produkten und Dienstleistungen gedacht werden.

Bei der Szenarienarbeit gab es für die Handhabung der komplexen Abhängigkeiten zwischen lokalen und globalen Einflüssen eine Einigung auf fünf beschreibbare Dimensionen: Politics – People – Planet – Policies – Past. Eine davon ist die ‚Policies‘, d.h. die Regelungen, die es braucht, um irgendwelche Aufgaben zu bewerkstelligen, zu verbessern und zu verwalten. Ob dies dann ein ‚Private Sector‘ ist, der Beiträge leistet, oder ob es ein Ministerium ist, das Aufträge vergibt, ist zweitrangig. Wichtig ist, dass die Strukturen stimmen und die Verantwortlichkeiten klar sind.

Den drei Szenarien wurden Namen gegeben. Das erste ist das so genannte ‚Hydro‘. Dabei geht es um Effizienz, um ein besseres Management der bestehenden Infrastrukturen und um Innovation.

Dem zweiten Szenario haben wir ‚Rivers‘ gesagt. Es gibt immer zwei Seiten.

Die Wirtschaft ist nie alleine. Wir haben Stakeholders – es geht um die Verbesserung von Zusammenarbeit und um Dialogprozesse. Ich glaube, man muss sich sehr viel mehr überlegen, welches relevante Stakeholders sind, von wem wir abhängen, von den Gemeinden im engen Sinn, von Organisationen, von NGOs wie Ihnen im weiteren Umfeld, das ist absolut zentral. Es geht schlussendlich auch um Sicherheit, nicht nur für das Business, sondern auch für die Gesellschaft.

Dem dritten Szenario haben wir ‚Ocean‘ gesagt. Dieses öffnet sich sehr stark, geht in die Ökosysteme, in die internationalen und multilateralen Beziehungen.

Es gibt aus Kapazitätsgründen nur sehr wenige Firmen, die sich mit diesem Themenkreis überhaupt auseinandersetzen und mitdiskutieren können. Ich verrete hier zwar viele multinationale Unternehmen, aber ein Thema, das auch in vielen Diskussionen mit Regierungen angesprochen wurde, ist, wie man auch die grosse Anzahl der kleinen und mittleren Unternehmen einbinden könnte. Auch hier besteht das beste Vorgehen in der Vielzahl von Möglichkeiten und einem Ansatz von ‚Leadership‘.

Es geht nicht ohne Zusammenarbeit. Und das ist, was zählt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Privatization and the right to water: a view from the South

Rodrigo Gutiérrez Rivas, Human rights expert, Researcher at the Legal Research Institute of the UNAM (National University), member of Espacio DESC and the Coalition of Mexican Organizations for the Right to Water (COMDA), Mexico, D.F.

During the late 20th and early years of the 21st century, a notable upsurge has been observed in conferences, forums, declarations, resolutions, and other national and international events dedicated to the issue of water. Many of these have called attention to the critical situation faced today by communities and ecosystems in their relation with this element, which is indispensable for life. Those who do not have sufficient information on the causes and consequences of the current crisis, might say that it is not a new problem, but rather that water conflicts have always existed and will continue. To some degree this is true – disputes related to access to water, its quality, and ownership of the same, are indeed very old. However, what is new is the scale of the problem,¹ and the economic and technological context in which it is occurring.

1. Why national and international consolidation of the human right to water is necessary

In reference to scale, suffice it to say that today more than 1.1 billion people in the world lack basic drinking water supply. More than 2.4 billion persons suffer each year from illnesses borne by contaminated water, and it is calculated that close to 10,000 people (the majority of whom are children) die every day in the world, poisoned by the rivers and other water basins from which they traditionally obtain their water.² These two faces of social and environmental unsustainability clearly generate the worst consequences in the poorest regions of the planet.

Regarding the context in which this is taking place, it is important to emphasize that these deaths and illnesses as

well as the expanding degradation of aquatic ecosystems could currently be avoided. Today more than ever, the world has sufficient economic and technological resources to counter this human and environmental deterioration. However, far from diminishing, problems of scarcity, pollution, discrimination, or overexploitation of water continue to increase, alongside social and political conflict related to this issue.

This is to a large degree due to the fact that, beginning in the decade of the 1980s, the posture which defends the market as the most adequate route through which to resolve water problems, has been able to place itself in the dominant position. Due to the enormous pressures applied by large corporations on governments – and thanks to the support they have received from the International Financial Institutions – this position has been able to firmly promote the water business in the world and advance both in its commercialization (bottling) and privatization of the distribution networks.

During these past years, many Latin American States have received strong pressure from the World Bank to open their water markets. One of the results of this pressure has been modification of laws – even Constitutions – in the matter to facilitate private capital investment in both water extraction and water distribution processes.

After thirty years of promotion of these free market strategies, the results have been very favorable to the large investors in the field, but not so much for the general population, and much less for those in situations of poverty or discrimination.

1 LANGFORD, Malcom and KHALFAN, Ashfad, «Introducción al agua como derecho humano», in: ESCH Sophie (ed.), *La gota de la vida: hacia una gestión sostenible y democrática del agua*, Mexico City, Heinrich Böll, 2006, p. 30.

2 ARROJO, Pedro, *El reto ético de la nueva cultura del agua*, Barcelona, Paidós, 2006, p. 11.

1.1. Bottled water

The bottled water business is only one example of the above. Bottling and selling water has today transformed into a very profitable business, calculated at 22 billion dollars on the world scale. This market is in rapid growth, with 7% more bottled water commercialized each year compared to the previous year.³

This business is born at the moment in which the population loses trust in the quality of public water. This occurs most easily in institutional contexts in which governmental authorities lack adequate capacity to supervise industrial processes, which are those which most contribute to water contamination.⁴ As the population gains awareness of the risk supposed by drinking water from the public distribution network or other contaminated sources, it finds itself obligated to purchase bottled water.

In Mexico, this business did not exist fifteen years ago. Today it is the country with the highest consumption of bottled water in Latin America, and at the world scale is outranked only by Italy. The Mexican bottled water market is calculated at 32 billion pesos, which is highly attractive to the large transnationals. While a large variety of brands exist, four foreign corporations exercise the greatest control in extraction, bottling, distribution and sale of water in Mexico: Danone, Nestlé, PepsiCo and Coca-Cola.⁵

The first result is a disproportionate increase of the price of water. For example, it costs about 2.5 pesos to fill a 1000 liter water tank in Mexico City with water from the public network. If we were to fill it with Nestlé *Pure Life* water, we would pay 2,500 pesos: 1000 times more for the same element. As usual, the common people are those who most suffer the increase, among other reasons, due to the fact that they are the ones who encounter more problems for access to public sources, and receive the poorest quality supply. This forces them to recur to the market, in which they have to spend a high percentage of their low wages on water.

For industry, the circle is perfect. First they pressure for indiscriminate opening of markets. Once that is achieved, the factories and *maquilas* establish them-

selves in the developing countries to take advantage of cheap labor and low standards of oversight of industrial processes. One of the results of this scarce surveillance is increased contaminants released into water sources, obligating the population to purchase it. From whom? From other companies who get rich by its extraction and distribution. Perfect.

It is also important to add that the bottling companies, through the (not always transparent) concessions autho-

«Beginning in the decade of the 1980s, the posture which defends the market as the most adequate route through which to resolve water problems, has been able to place itself in the dominant position.»

itized to them by the State, have steadily appropriated many previously community-managed wells, which are now in private hands and at risk of overexploitation. And as if that were not enough, many studies have shown that the bottled water, which is not submitted to strict quality controls, is not always free of contaminants. Paying one thousand times more for water is therefore no guarantee of safety.

1.2. Distribution networks

Another business that is benefiting large companies and affecting people is that of water distribution through underground networks. This market opportunity has been opening thanks to the fact that the World Bank has conditioned loans and investments in water distribution matters in exchange for acceptance by the countries requesting such financial support to promote laws and policies oriented toward privatization of public water and sanitation services.

Negative examples of this abound in Latin America: Bolivia, Argentina, Uruguay, Mexico. Water distribution models with private participation have been experimented in all of these countries. The consequences have varied widely, but in the majority of cases, in one way or an-

3 GARCÍA, Edgar. El negocio del agua embotellada en México, in the *First Popular Workshop in Defense of Water*, CASIFOP, Mexico, 2005, p. 89.

4 Mining, sugar, oil, electricity, paper, and other companies together, even though they consume only 10% of total available water, produce three times more contamination, in terms of biochemical demand for oxygen, than that produced by 100 million inhabitants. Vid., CARABIAS, Julia and LANDA, Rosalva, *Agua, medio ambiente y sociedad. Hacia la gestión integral de los recursos hídricos en México*, UNAM, Colegio de México, Mexico, 2005, p. 32.

«While a large variety of brands exist, four foreign corporations exercise the greatest control in extraction, bottling, distribution and sale of water in Mexico: Danone, Nestlé, PepsiCo and Coca-Cola.»

other, they have ended up affecting the population. Ramifications have varied from the Cochabamba case, which produced deaths, imprisonments, and immense losses, to that of Aguascalientes, where consequences to date have included tariff hikes, poor service quality, abuses on the part of the companies, unjustified charges, and unfulfilled investment promises.⁶

Bottling and distribution, as outlined above, are only two concrete examples isolated here to explain how the project of market opening and free competition in the water field is affecting people in the countries of peripheral capitalism. Nevertheless, the relations produced between the processes of contamination, overexploitation, discrimination, and privatization are much more complex and are gravely affecting ecosystems and current and future generations.

It must be taken into account that in our countries, the life and health of communities depends directly on the good state of aquatic ecosystems. The sustainability of said ecosystems is more indispensable than in countries of the North. Killing a river with pollution in the «developed» countries is serious and sad, but does not necessarily translate into a life or death situation. They have the resources and technology to purify the water which will then run clean through the distribution networks. In our countries, poisoning a river means poisoning the people who are near it. For that reason – as Arrojo explains – sustainability is a challenge for survival in the short term.⁷

The irresponsibility and corruption of companies and governments, the lack of real democracy, and the imposition of a prepotent development model based on the free market and economic growth – which is believed can dominate nature and should appropriate it – is an un-

viable scheme which costs millions of lives and places at risk the immediate future of our ecosystems.

2. Human right to water

For these reasons, strong opposition has surged in the southern hemisphere of the planet against private-sector participation in the water sector. Latin America has led this social reaction in recent years, manifested every day in marches, demands, mobilizations, highway blockades, and other forms of resistance and protest.

Many of these social expressions are the political foundation behind the demand to officially convert water into a fundamental human right. The alliance of distinct civil society sectors (movements, unions, NGOs, academia, progressive lawyers) is generating significant pressure so that water cease to be viewed as a merchandise and convert into a formal human right.

As a positive response to this demand, in recent years certain national and international human rights institutions and even some parliamentary or jurisdictional entities have become sensitive to the demand and have begun to take steps in this direction.

At the international level, the Mar del Plata Declaration of 1977 was the first time explicit reference was made to water as indispensable element to satisfy basic needs. Since then, said right has been included in conventions⁸ and declarations,⁹ and numerous conferences, rapporteur reports, and expert committee statements have addressed the water theme as a central and urgent issue.

In this same sense, the recently created UN Human Rights Council approved a decision on 27 November 2006 related to Human Rights and access to water¹⁰ (see the speech of Martin Huth, p. 6).

All of the above documents recognize water as an indispensable element in order to secure an adequate standard of living, and therefore subject to protection as a human right. The questions therefore are: What does it mean to have this right? What are its reaches? What obligations are acquired by States upon subscribing it? To date, the legal document which has most clearly specified

5 *Ibid.*

6 *Vid.*, TORREGROSA, María, *et al.*, «Barriers to and conditions for the involvement of private capital and enterprise in water supply and sanitation in Latin America and Africa: Seeking economic, social and environmental sustainability», An interdisciplinary research project, Aguascalientes-Mexico, Case Study, Prinwass, 2003.

7 ARROJO, Pedro, *El reto ético... Op. Cit.*, p. 18.

8 Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women; Convention on the Rights of Children; International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination.

9 Rio Declaration on the Environment and Development; Dublin Declaration on Water and Sustainable Development; United Nations Millennium Declaration; Johannesburg Declaration on Sustainable Development.

10 The decision proposal, presented by Germany and Spain, received the support of 34 countries, including Switzerland, who were later joined by 11 more.

the essential content of the right, and State obligations derived from the same, is General Comment No. 15 emitted by the Committee on Economic, Social and Cultural Rights¹¹ which is the body responsible to oversee application of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights.¹²

3. Some of the demands of the movements and organizations

Advances in construction of the right to water at the international level no doubt imply progress in the struggle against the deterioration of the lives of persons and ecosystems. Nevertheless, said right also has limits, gaps, and imprecisions. For that reason, the social movements and organizations continue in the struggle to broaden the reaches of this right.

Firstly, said movements struggle for the right to water within the framework of an integral and ecosystemic vision, and opposed to its commercialization within all spheres: domestic, agricultural, and industrial.¹³

This vision derives from the first basic idea that water can not in any case or circumstance be considered an item of merchandise. Water is the patrimony of communities, peoples, and humanity, and is the constitutive principle of life on our planet. This vision thereby rejects the developmentist, neoliberal, and consumerist model which promotes overexploitation and death of nature through construction of mega-projects, dams, ports, and mining and water bottling.

In this sense the movements have expressed the need to exclude water from the World Trade Organization and all other international agreements on free trade and investment, be they bilateral or multilateral, and advance in demands on governments and big business to repair the damages they have caused to populations through contamination and lack of access to water.

The movements reject any finance from the IFIs which is conditioned to liberalization and privatization of water services. They also reject all national and regional legislation that opens doors to water privatization and commercialization processes.

«Civil society movements have expressed the need to exclude water from the World Trade Organization and all other international agreements on free trade and investment.»

The movements and organizations have therefore expressed their firm opposition to all the World Water Forums, which are the exclusive sphere of large transnational corporations, IFIs (World Bank, IDB, BEI, etc.) and the world's dominant State powers.

In place of the developmentist model based on the free market, the movements struggle to recover and promote public, social, community, participative, and integral management of water.

This supposes sustainable management of ecosystems and preservation of the water cycle through territorial ordering and conservation of natural environments. The hydrological basins are considered integral basic units of public management, and factor of community identity and union, through which citizen and peoples' participation should be made effective.

The movements demand that all human beings enjoy access and the right to water of good quality and in sufficient quantity for hygiene and procurement of food. In those places with public water supply services, sufficient quantity should be provided free of cost, regardless of cultural, religious, social, geographic, economic, or gender conditions. This implies that no company, government, or international institution may interrupt the service due to lack of payment for domestic consumption.

Achievement of these proposals will require establishment of quality public management bodies, operating based on democratic principles. Experiences should be exchanged and technical know-how, training, and finance schemes and proposals should be shared, to consolidate a public, social, community, and participative model.

In addition, community education and organization on responsible and sustainable water use and consumption is a necessary complementary element.

11 Adopted and subscribed by the Committee on Economic, Social and Cultural Rights at its 29th period of sessions in 2002.

12 Adopted and open to signature, ratification and adherence by the UN General Assembly: 16 December 1966. Entered into force on 21 January 1976.

13 The proposals outlined here are taken from the *Memoria del Foro Internacional en Defensa del Agua*. Said Forum was held in Mexico on 17–19 March 2006 as counterproposal to the IV World Forum on Water held in said country. Vid., www.comda.org.mx.

Das Engagement und die Position der Schweiz zum Recht auf Wasser

Wolfgang Amadeus Brühlhart, Chef der Sektion Menschenrechtspolitik, Politische Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Bern

Das Recht auf Wasser wirft bei seiner *Umsetzung*, wie wir in den verschiedenen Konferenzbeiträgen feststellen konnten, viele Fragen auf. Frau Bär hat mich gebeten, insbesondere das Engagement und die Position der Schweiz zu diesem Thema zu erläutern. Erlauben Sie mir, vorgängig einige grundsätzliche Bemerkungen zur Rechtsentwicklung in der internationalen Menschenrechtspolitik und der entsprechenden Umsetzung zu machen.

Seit der Verabschiedung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung 1948 wurden von den Vereinten Nationen neun internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte verabschiedet¹; das letzte ist das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das diesen Monat in New York zur Unterschrift aufgelegt wird.

Die ersten sechs Übereinkommen wurden von über 80 Prozent der Staaten ratifiziert, ausser in Asien, wo die Ratifizierungsrate niedriger ist (62 Prozent). Auch die Schweiz hat diese sechs Übereinkommen ratifiziert.

In den letzten zehn Jahren gab es auch zahlreiche Gipfel und Konferenzen, an denen die Staaten sich verpflichteten, die Menschenrechte einzuhalten, die Armut zu bekämpfen und sich für den Schutz der Umwelt einzusetzen. In der internationalen Menschenrechtspolitik ist es heute *die* Herausforderung, die eingegangenen Verpflichtungen zu konkretisieren und umzusetzen. Dazu gehört auch das Recht auf Wasser.

Denn das Recht auf Wasser ist – auch im Sinne der Ausführungen meines Vordrängers, Martin Huth, – als grundlegendes Menschenrecht verankert. Die Umsetzung dieses Rechts wird bereits in verschiedenen internationalen Gremien (UNO, UNESCO, UNDP) und in der Privatwirtschaft diskutiert.

Das Engagement der Schweiz im Bereich des Rechts auf Wasser

Welches ist das Engagement der Schweiz? Auf multilateraler Ebene

- engagierte sich die Schweiz im *UNO-Menschenrechtsrat* für das Recht auf Wasser und für eine bessere Definition dieses Rechts, indem sie die von Deutschland und Spanien vorgelegte Resolution in der zweiten Session mit-unterstützte (Co-Sponsor).
- In der *Kommission für nachhaltige Entwicklung der UNO*, die sich 2004/2005 mit dem Thema Wasserversorgung und Abwasserentsorgung befasste, vertrat die Schweiz einen Ökosystemansatz: Der Schutz der Wälder, Feuchtgebiete und Böden soll eine nachhaltige Versorgung mit sauberem Wasser sicherstellen.
- Zudem setzte sich die Schweiz dafür ein, dass dieser Ansatz in die Pläne für ein *integriertes Wasserressourcenmanagement* (Integrated Water Resources Management IWRM) einfließt, die aufgrund des Aktionsprogramms des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung von Johannesburg (2002) ausgearbeitet wurden.
- Im Rahmen des *vierten Weltwasserforums*, das 2006 in Mexiko stattfand, legte die Schweiz als Mitinitiantin die Studie «The right to water, from concept to implementation» vor.
- Die Schweiz setzt sich im Rahmen der *Frankophonie* und auf regionaler Ebene in Europa für die Förderung des Rechts auf Wasser und eine effiziente Bewirtschaftung dieser grundlegenden Ressource ein.
- Das EDA hatte den *Jahreskongress des «Institut international de droit d'expression et d'inspiration françaises»* in Lausanne zum Thema «La mise en oeuvre du droit à l'eau» finanziert und mitorganisiert (inklusi-

¹ Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau; Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe; Übereinkommen über die Rechte des Kindes; Internationales Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen; Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen.

ve die Publikation der Referate und Diskussionen durch das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung). Auch hat das EDA mit verschiedenen Beiträgen aktiv an dieser Veranstaltung teilgenommen.

- Die Schweiz setzt sich im Rahmen der *Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele besonders für das Ziel 7* ein, das bis 2015 eine Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser oder sanitären Anlagen vorsieht.

Auf bilateraler Ebene:

- Die Förderung, die Einhaltung und der Schutz der Menschenrechte sind ein Querschnittsthema der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, und das *Recht auf Wasser spielt bei diesen Bemühungen zur Armutsbekämpfung* eine Schlüsselrolle.
- Dazu beteiligt sich die Schweiz an politischen Dialogen, setzt sich für den Ausbau der institutionellen und personellen Kapazitäten ein und unterstützt lokale Projekte. Bei der Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser und der Abwasserentsorgung wird auch die *Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und den lokalen Behörden* gesucht.
- Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und dem Rückversicherer Swiss Re *Grundsätze und Leitlinien* ausgearbeitet, um die im Rahmen des Gipfels von Johannesburg empfohlenen *öffentlich-privaten Partnerschaften* effizienter, nachhaltiger und gerechter zu gestalten, insbesondere bei der Umsetzung des Rechts auf Wasser.

Erlauben Sie hierzu eine Klammerbemerkung: Der Begriff der Unternehmensverantwortung hat in den letzten Jahren durch die verschiedenen Globalisierungsprozesse eine starke Beachtung und Verbreitung erfahren. Es wird zunehmend gefordert, dass Unternehmen öko-

logische, soziale und menschenrechtliche Standards einhalten.

Der Sonderbeauftragte der UNO für die Frage der Menschenrechte und transnationaler Unternehmen (John Ruggie) kommt zum Schluss, dass Staaten in ers-

«Die Herausforderung liegt heute in erster Linie nicht in der Anerkennung des Rechts auf Wasser als grundlegendes Menschenrecht, sondern in dessen Umsetzung.»

ter Linie für den Menschenrechtsschutz verantwortlich sind («obligation to protect requires States parties to prevent third parties from interfering in any way with the enjoyment to the right to water. Third parties include individuals, groups, corporations and other entities as well as agents acting under their authority»). Weiter führt er aus, dass eine sozial ausgewogene Globalisierung nur möglich ist,

- wenn auch der Privatsektor in der Menschenrechtsförderung eine Rolle übernimmt;
- wenn entsprechende Mechanismen im Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erarbeitet werden.

Herr Gerber hat die Veranstaltung «The crisis in water: problems and solutions» von letzter Woche in New York erwähnt. An dieser Veranstaltung sassen Vertreter/innen von Nestlé, UNESCO, IKRK und der Schweiz an einem Tisch und Lösungsansätze wurden diskutiert.

Die Position der Schweiz zum Recht auf Wasser

Wie ich eingangs erwähnte, liegt die Herausforderung heute in erster Linie nicht in der Anerkennung des Rechts auf Wasser als grundlegendes Menschenrecht, sondern in dessen Umsetzung. Wir fokussieren unsere Bemühungen deshalb auf diese Herausforderung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

In der Reihe **GLOBAL⁺-dokument** veröffentlicht Alliance Sud Positionspapiere, Tagungsbeiträge und andere entwicklungspolitische Stellungnahmen.

dokument ist als pdf-Download (www.alliancesud.ch/publikationen) oder auf Papier (Einzelausgabe: Fr. 7.–) erhältlich. Bisher sind in der Reihe *dokument* erschienen:

- Leidet Afrika an zu viel Entwicklungshilfe? Tagungsdokumentation vom 24. November 2006, dokument 11, März 2007
- Gender-Apartheid als Hindernis für Entwicklung. Wie weiter zehn Jahre nach der Uno-Frauenkonferenz in Peking?, dokument 10, Februar 2006
- Für mehr Vielfalt in der Handelspolitik. Resultate des Symposiums «Welcher Handel nützt den Armen?», dokument 9, Dezember 2005
- Gentechnologie bekämpft den Hunger nicht – Schweizer Hilfswerke für Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft, dokument 8, November 2005
- Keine Kürzung der Entwicklungshilfe! Informationen zum Schweizer Beitrag an die EU-Kohäsion, dokument 7, Oktober 2005
- Welcher Handel nützt den Armen? – Zehn Jahre WTO aus der Sicht des Südens, dokument 6, Mai 2005
- Die Strategie der Arbeitsgemeinschaft, dokument 5, Oktober 2004
- Wasser braucht den Schutz des Völkerrechts – Argumente für eine internationale Wasserkonvention, dokument 4, April 2004
- Die Gewinne privat, das Risiko dem Staat? – Public-Private Partnerships und öffentliche Dienste in Entwicklungsländern (Dokumentation der Tagung vom 18. November 2003 in Bern), dokument 3, Januar 2004
- Recht auf Freihandel oder Recht auf Nahrung? – Positionspapier zur internationalen Agrarpolitik, dokument 2, Februar 2003
- Die Multis als soziale und ökologische Avantgarde? – Diskussionsbeitrag zum Global Compact der Uno, dokument 1, November 2002

Bleiben Sie entwicklungspolitisch auf dem Laufenden!

Abonnieren Sie **GLOBAL⁺**

Die Zeitschrift von Alliance Sud informiert viermal jährlich kompetent zu Fragen der Globalisierung und Nord/Süd-Politik.

- Probeexemplar
- Jahresabo Schweiz Fr. 25.–
- Jahresabo Ausland Fr. 35.–
- Unterstützungsabo Fr. 50.– und mehr

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte Talon ausfüllen und einschicken an:

GLOBAL⁺, Postfach 6735, 3001 Bern, Telefon 031 390 93 30, E-Mail: globalplus@alliancesud.ch